

# Sachsen-Zeitung

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft, Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Die „Sachsen-Zeitung“ erscheint täglich nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Einzelpreis: Bei Abholung in den Geschäftsstellen und Ausgabestellen 2,- Mark im Monat, bei Zustellung durch die Post 2,30 Mark, bei Postzustellung 2,50 Mark. Einzelnummern 15 Pfennig. Fernruf: Amt Wilsdruff Nr. 6. Anzeigenpreis: Die 3-spaltige Nummerzeile 20 Goldpfennig, die 2-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3-spaltige Reklamezeile im textlichen Teile der Zeitung 100 Goldpfennig. Nachschneidungsgebühr 20 Goldpfennig. Vorkostenfreie Anzeigen werden nach Möglichkeit bis zum 10. Uhr des Vormittags 10 Uhr angenommen. Fernruf: Amt Wilsdruff Nr. 6. Anzeigen nehmen auch alle Vermittlungsstellen entgegen. Die Sachsen-Zeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Rössen u. a.

Nr. 120 - 83. Jahrgang. Wilsdruff-Dresden. Freitag den 23. Mai 1924

## Vor der Kabinettsbildung.

Aus unterrichteten Berliner Kreisen wird uns geschrieben: Der Gedanke des Bürgerblocks, der nach rechts hin orientiert ist, wurde schon vor den Reichstagswahlen ausgesprochen und tauchte nach dem Wahlausfall erneut auf. Sollte er ernsthaft behandelt werden, so konnte er nicht, wie es früher fast immer geschah, verwirklicht werden durch ein Zusammenstreifen von sich gegenseitig mißgünstig anblickenden Parteien, sondern ein Zusammengehen nach einem gemeinsam festgestellten Ziele sein. Also nicht: wer macht mit? — sondern: was macht man mit?

Abgesehen ist der laubeshüblige „Auhhandel“ diesmal in seinen Linien nicht ganz so undurchsichtig, wie das sonst bei Regierungskrisen der Fall war. Zunächst erklärte die Regierung, der man Demissionabsichten zuschrieb, die diese wieder dementierte, daß sie sich „in offener Feldschlacht“ stürzen lassen wollte. Gleichzeitig begannen nun die Beratungen der Mittelparteien über die Schaffung eines außenpolitischen Programms, nachdem die Absicht, das parlamentarische Schwergewicht der drei Mittelparteien durch eine Verschmelzung zu einer Fraktion, gescheitert war. Man teilte mit, daß man dieses Programm dann den Deutschnationalen zur Annahme vorlegen und die Beteiligung dieser Partei an der Regierungsbildung von dieser bedingungslos Annahme abhängig machen wolle. Gewisse Strömungen gingen aber dahin, eine beratende Aufforderung an die Deutschnationalen erst gar nicht zu richten, weil eine deutschnationale beeinflusste deutsche Regierung aus außenpolitischen Gründen untragbar sei. Einige sehr deutliche Artikel in Zeitungsorganen des Zentrums und der Demokratischen Partei gingen nach dieser Richtung. Wiesen außerdem auf eine mögliche Verständigung mit der Sozialdemokratie, also auf die „Große Koalition“, hin.

Dem stand nun aber einmal das Wahlergebnis — und die Frage der kommenden Präsidentschaften — außerdem die Gewissheit entgegen, daß man mit der Großen Koalition kaum parlamentarische Arbeit würde leisten können gegenüber einer zahlenmäßig nur wenig unterlegenen Opposition. Außerdem konnte man sich auf das beabsichtigte Programm nicht einigen, da besonders innerhalb der Deutschen Volkspartei über eine vorbehaltlose Annahme des Sachverständigenberichts Bedenken hervortraten. Mitten in diese Beratungen hinein traf die Einladung der Deutschnationalen, die Zentrum und Volkspartei zu Besprechungen aufzufordern und nach Ablehnung wegen des Übergangs der Demokraten auch diese in die Einladung einbezogen.

Da sagten die Mittelparteien zu und es begannen die Verhandlungen. Hinzugezogen wurde auch die Bayerische Volkspartei und man scheint von der Selbstverständlichkeit auszugehen, daß das Kabinett Marx im „Zustand der Demission“ ist und nun ein neues gebildet werden soll, das nach der persönlichen Seite unter Führung einer parteipolitisch nicht einseitig orientierten Persönlichkeit stehen soll.

Die Deutschnationalen haben den Großadmiral v. Tirpitz vorgeschlagen. Wäre man mit dieser Lösung der Personenfrage grundsätzlich einverstanden, so wäre die Kabinettsbildung vielleicht erleichtert. Aber wenn die Auseinandersetzung um die außen- und innenpolitischen Zeit- und Streitfragen in den Vordergrund tritt, dann ist an ein Ende der Regierungskrise noch nicht zu denken.

## Unterbrechung der Parteibesprechungen.

Ministerkandidaten. m. Berlin, 21. Mai.

Die heutigen Besprechungen der auf Einladung der Deutschnationalen zusammengetretenen Führer der bürgerlichen Reichstagsfraktionen wurde nach zwei Stunden unterbrochen, ohne daß es zu einer Einigung gekommen wäre. Jedoch nahm man an, daß die Beratungen in kurzem, vielleicht schon morgen, ihre Fortsetzung finden werden. Von den Deutschnationalen nahmen an der Sitzung teil die Abgg. Hergt, Schiele, Ballra, Graf Bekker, Behrens. Vom Zentrum Dr. Peter Spahn, Dr. Brauns, Stegerwald, Kiesberts und Beder. Arnberg, von der Deutschen Volkspartei Dr. Scholz, Kempkes und Dr. Curtius, von den Demokraten Koch und Ertelenz und von der Bayerischen Volkspartei der Abg. Leicht. Inzwischen haben die Deutschnationalen eine Einladung an die Nationalsozialistische Freiheitspartei zu Besprechungen ergehen lassen. Diese hat die Einladungen angenommen und die Beratungen sollen abends beginnen. Es verlautet, daß die Deutschnationalen Vertreter zu der Besprechung einen formulierte Vorschlag mitgebracht hatten, der von den drei Gruppen der Mitte abgelehnt wurde. Daraufhin wurden die Verhandlungen abgebrochen. Die Führer der Deutschnationalen werden eine neue Formulierung ihrer Forderungen versuchen, die den anderen Parteien annehmbarer erscheinen soll.

Im Falle einer Verständigung wollen die Deutschnationalen, wie schon bekannt, als Kanzler den Großadmiral v. Tirpitz vorschlagen, als Vizekanzler den bisherigen Reichskanzler Marx, als Innenminister den deutschnationalen früheren Vize Oberbürgermeister Ballra. Das Reichswehrministerium, das Reichsfinanzministerium und das Reichsjustizministerium sollen den bisherigen Ministern

## Ultimatum des Botschafters Kerenski nach Moskau.

(Eigener Fernsprechsdiens der „Sachsen-Zeitung“.)

Berlin, 22. Mai. Die „V. Z.“ meldet aus London, daß der Berliner Sowjetbotschafter Kerenski heute ein persönliches Ultimatum an die 3. Internationale in Moskau abgehen ließ, worin er mit seinem Rücktritt droht, falls die 3. Internationale die bolschewistische Propaganda durch die russische Gesandtschaft und Handelsmissionen in Deutschland weiterhin betreibt.

## Wann tritt die Regierung zurück?

(Eigener Fernsprechsdiens der „Sachsen-Zeitung“.)

Berlin, 22. Mai. Es verlautet, daß die Reichsregierung in dem Augenblick, in dem die Gewähr für das Zustandekommen einer neuen Regierung gegeben ist, ihre bisherige Haltung ändert und darauf verzichtet, bis zum Tage des Zusammentritts des Plenums im Amte zu bleiben und demzufolge alsbald ihre Demission geben wird.

## Stillelegung der Thyssenwerke.

(Eigener Fernsprechsdiens der „Sachsen-Zeitung“.)

Berlin, 22. Mai. Die „V. Z.“ berichtet aus Mülheim/Ruhr: Die Thyssenwerke geben durch Anschlag bekannt, daß sie infolge Kohlen-, Koks- und Gasmangel vom 26. Mai an einen Teil der Betriebe ganz stilllegen müssen. Andere Betriebe können nur beschränkt arbeiten. Die Belegschaft der Thyssenwerke beträgt rund 8000 Mann.

## Die Londoner City über die deutsche Kreditnot.

(Eigener Fernsprechsdiens der „Sachsen-Zeitung“.)

Berlin, den 21. Mai. Die „V. Z.“ meldet aus London: In Citykreisen hat die über die Firma Klein, Schanzlin und Beder verhängte Geschäftsaufsicht erhebliches Aufsehen erregt. Der Handelsteil der Times, der

mitteilt, daß diese Firma vergeblich versucht hat, auf dem englischen Markt Kredite zu bekommen, wies darauf hin, daß es notwendig sein wird, die englischen und amerikanischen Kredite der Gold-Bizenz-Bank zu erweitern, damit diese dann bald in der Lage sei, lebensfähigen deutschen Industrie-Unternehmungen die notwendigen Kredite zu gewähren.

## Zusammenkunft Macdonald—Mussolini?

London, 22. Mai. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt, in London sei die Ansicht sehr verbreitet, daß eine Zusammenkunft zwischen Macdonald und Mussolini, ähnlich der geplanten Zusammenkunft Macdonalds und dem Nachfolger Poincarés, zu Pfingsten stattfinden wird.

## Ministerrat in Rom

Rom, 22. Mai. Gestern früh wurde unter Vorsitz des Ministerpräsidenten Mussolini ein Ministerrat abgehalten, in dem Mussolini über die außenpolitische Lage einige Erklärungen abgab. Er kommentierte dabei den Pakt der herzlichen Zusammenarbeit, der in diesen Tagen zwischen Italien und der Tschechoslowakei abgeschlossen wurde, und sagte, der Pakt sei ein wichtiger Faktor für den Frieden in Zentral- und Ost-Europa. Hierauf erstattete er seinen Ministerkollegen Bericht über die Besprechungen in Mailand, die von bedeutender Tragweite seien, da in denselben die Afteneinheit Italiens und Belgiens in der Reparationsfrage hergestellt wurde.

## Maßnahmen gegen den Frankensturz

(Eigener Fernsprechsdiens der „Sachsen-Zeitung“.)

Paris, 22. Mai. Gestern vormittag hat im „Elysee“ unter dem Vorsitz Millerands eine Besprechung stattgefunden, an der Poincaré, der Finanzminister Marhall sowie Herriot und Painlevé teilnahmen. Der Finanzminister hatte den Auftrag, die beiden Führer des Kartells der Linken über die Schwierigkeiten der finanziellen Lage ins Bild zu setzen. Kurz vor 2 Uhr ging die Besprechung zu Ende. Das darüber gegebene amtliche Kommuniqué besagt lediglich, daß die beiden Vorkämpfer die Ueberzeugung ausgedrückt hätten, daß der Budgetausgleich ein Gebot für jede Regierung sei, wie sie auch immer heißen möge.

Becker, Brauns, Luther und Hoelle angeboten werden. Für die Besetzung des Außenministeriums und des Reichsjustizministeriums sind bestimmte Persönlichkeiten von den Deutschnationalen noch nicht vorgesehen. Es verlautet aber, daß das Reichsjustizministerium der Deutschen Volkspartei angeboten werden soll. Der frühere Minister Fuhr, der dem Bayerischen Bauernbund angehört, ist als Ernährungsminister in Aussicht genommen, falls er ablehnen sollte, soll ein Mitglied der deutschnationalen Fraktion vorgeschlagen werden.

## Das Ergebnis der interfraktionellen Besprechung

Berlin, 22. Mai. Ueber das Ergebnis der gestrigen Besprechung der Deutschnationalen mit den Mittelparteien und der am Nachmittag stattgefundenen Fraktionsführung der Deutschnationalen gibt die Deutschnationale Pressestelle folgenden Bericht aus: Die Deutschnationale Volkspartei hat in der heutigen Besprechung mit den Vertretern der Mittelparteien den Vorschlag gemacht, die Lösung der für die Regierungsbildung bestehenden Schwierigkeiten in der Veranstaltung der Personenfrage zu suchen. Eine nach Ansicht der Deutschnationalen Volkspartei zur Führung hervorragende geeignete überparteiliche Persönlichkeit ist den anderen Fraktionen genannt worden. Die Verhandlungen darüber haben eine Wendung genommen, auf Grund der die Deutschnationale Volkspartei ihre Initiative in dieser Richtung zunächst eingestellt hat.

## Lügenfeldzug der „Daily Mail“.

Berlin, 21. Mai. Die „Daily Mail“ (Londoner und Pariser Ausgabe) hat heute früh mit der Veröffentlichung einer Artikelserie über angebliche deutsche Rüstungen mit einem sensationell aufgemachten, an erster Stelle gedruckten Bericht ihres Sonderberichterstatters begonnen. In diesem Bericht wird durch eine Reihe von Behauptungen darzulegen versucht, daß Deutschland nicht seinen Verpflichtungen gemäß abrüstete, sondern sich im Widerspruch zu den Bestimmungen des Versailler Vertrags bewaffnete. Es handelt sich hier offenbar um Berossenslichkeiten, die von einer an der Militärkontrolle besonders interessierten Stelle veranlaßt werden, um auf die zur Beratung stehende Beantwortung der deutschen Militärkontrolle vom 1. April Einfluß auszuüben. Die Behauptungen sind ausnahmslos entweder reine Erfindungen oder tendenziöse Umstellungen.

Von amtlicher Seite wird gegenüber der Behauptung der „Daily Mail“ festgestellt, daß die Stärke des deutschen Heeres, die im Vertrag zu Versailles festgesetzte Zahl von 100 000 Mann

nicht überschreitet und daß in das Heer nur Leute eingestellt werden, die sich zu einer zweijährigen Dienstzeit verpflichten. Kriegsmaterial wird in Deutschland nur in dem im Versailler Vertrag vorgesehenen Grenzen angefertigt. Versuche mit Tanks und Gas haben seit Friedensschluß niemals stattgefunden. Die Behauptung, daß das Reichsministerium des Innern durch seine Militärpolizeikörperschaften in ganz Deutschland Mobilisationsbureaus eingerichtet habe, ist eine glatte Erfindung. Uebrigens ist für jeden Kenner die staatsrechtliche Struktur des Deutschen Reiches ohne weiteres erkennbar; denn die Polizeibehörde steht nicht dem Reiche, sondern den Ländern zu. Es besteht hiernach für das Reich gar keine Möglichkeit, mit Hilfe polizeilicher Einrichtungen Mobilisationsbureaus zu bilden. Wenn die „Daily Mail“ die Technische Nothilfe mit Mobilisationszwecken in Zusammenhang bringt, so kann das nur von ihrem bösen Glauben zeugen. Die Technische Nothilfe ist eine freiwillige Arbeitsgemeinschaft von Männern und Frauen ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit, die sich der Allgemeinheit bei Notfällen für Leib und Leben der Bevölkerung zur Verfügung gestellt haben, und für deren Nothilfetätigkeit ganz bestimmte Richtlinien festgesetzt sind, die jede mißbräuchliche Verwendung, insbesondere jede Verwendung für militärische Zwecke völlig ausschließen. Schließlich sei noch festgestellt, daß Offiziere der Reichswehr nicht zu zivilen Posten abkommandiert worden sind und daß das Reichswehrministerium mit Turngesellschaften, Wandervereinigungen, Studentenkorps und freiwilligen Verbänden in keiner Verbindung steht. Der erste Artikel der von der „Daily Mail“ angeführten Artikelserie über angebliche deutsche Rüstungen stellt hiernach von Anfang bis Ende eine struppellose plumpe Heße dar.

## Die Stillelegung des Bergbaues.

Im Reichsarbeitsministerium zu Berlin traten die vom vorläufigen Reichswirtschaftsrat vorgeschlagenen Unparteilichen zur Abgabe ihres Rechtsgutachtens in dem Streite zwischen Zechenverband und Bergarbeiter zusammen. Der Reichsarbeitsminister eröffnete im Beisein von Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Verhandlungen und bezeichnete die zu beizulegende Frage dahin: Welche Arbeitszeit hat im Ruhrbergbau unter Tage nach Ablauf des Manietarifvertrages und der Vereinbarung vom 29. November 1923 am 1. Mai 1924 zu Recht bestanden? Die Sachverständigen begannen sofort mit der Anhörung der Parteien.

## Krupp und Unionwerke müssen feiern.

Wenn bei den Kruppischen Werken in Essen bis Donnerstag der Kohlenmangel nicht behoben ist, werden